

26.04.2018 – PM 27/2018

Handwerk

IG BAU: Politik muss Qualität der Ausbildung schützen

Frankfurt am Main - Die Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt fordert von der Politik, die Ausbildungsqualität zu schützen. „Versuchen, auf Ebene der EU, den hohen deutschen Standard in der Berufsausbildung zu verwässern, muss endlich ein Riegel vorgeschoben werden“, sagte der Stellvertretende IG BAU-Bundesvorsitzende Dietmar Schäfers. „Ein Wettlauf um die niedrigsten Ausbildungsstandards bedroht die hiesige Wirtschaft. Ihr Erfolg beruht in hohem Maße auf der hervorragenden Berufsaus- und Weiterbildung. Der traditionell hochgeschätzte Meistertitel ist ein Qualitätssiegel ersten Ranges. Deren Existenz unter Rechtfertigungsdruck zu stellen, ist das falsche Signal. Im Gegenteil: Wir fordern eine Rückkehr zum Meistertitel in Handwerken, in denen er bereits aufgegeben wurde, wie etwa den Fliesenlegern. Die EU-Politik muss endlich anfangen, gute Ausbildung, gute Arbeit und hohe Qualitätsstandards zu fördern, anstatt bewährte Standards im Handwerk ständig in Frage zu stellen.“

Diese Woche hat der Binnenmarktausschuss des EU-Parlaments die Handwerksausbildung torpediert. Der Ausschuss hat eine Regelung bestätigt, nach der Änderungen der Berufsausbildung in einzelnen EU-Mitgliedsstaaten unter einen generellen Vorbehalt der Verhältnismäßigkeitsprüfung vor Erlass neuer Berufsreglementierungen gestellt werden. Das erschwert insbesondere im Handwerk Neuordnungen der Ausbildung oder der Meisterprüfungen. Die Wiedereinführung der Meisterpflicht, wie beispielsweise bei Fliesenlegern, wäre erheblich erschwert. Seit der Abschaffung der Meisterpflicht in der Branche sind mehrere tausend Ausbildungsplätze und zehntausende sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze weggefallen.

„Dieses Prüfung der Verhältnismäßigkeit haben sich in Brüssel Bürokraten ausgedacht, die offensichtlich keine Ahnung von der Praxis haben“, sagte Schäfers. „Wie wenig durchdacht das ist, zeigt doch schon die Idee diese Verhältnismäßigkeitsprüfung ihrerseits selbst einer Verhältnismäßigkeitsprüfung zu unterziehen. So ein Prüfungsmonster können wir nicht gebrauchen.“